



Nomos

---

Aussenpolitikanalyse in der Schweiz: Paradigma oder Sonderfall? Zum Einfluss von Entscheidungsprozessen auf nationale Rollenkonzepte

Author(s): Laurent Goetschel

Source: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 6. Jahrg., H. 2. (Dezember 1999), pp. 349-370

Published by: Nomos Verlagsgesellschaft mbH

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/40843855>

Accessed: 17-03-2019 13:20 UTC

---

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact [support@jstor.org](mailto:support@jstor.org).

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



JSTOR

Nomos Verlagsgesellschaft mbH is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*

Laurent Goetschel

## **Aussenpolitikanalyse in der Schweiz: Paradigma oder Sonderfall?**

Zum Einfluss von Entscheidungsprozessen auf nationale Rollenkonzepte

### *1. Einleitung<sup>1</sup>*

Ziel der Aussenpolitikforschung ist es, durch die Erklärung aussenpolitischer Entscheidungsprozesse zum generellen Verständnis der internationalen Beziehungen beizutragen (Snyder et al. 1963; Hudson/Vore 1995: 209-212). Zwei neuere Literaturberichte schlagen unter anderem folgende drei Bereiche als gewinnbringende Forschungspfade der Aussenpolitikanalyse vor (Hudson/Vore 1995: 222-228; Schneider 1997: 109, 119):

- Die Untersuchung der Auswirkungen des Kontexts der Entscheidungsfindung: Neben psychologischen Aspekten auf individueller Ebene sind auch kollektiv gehaltene Erwartungen und Rollenverständnisse von Bedeutung.
- Die Untersuchung des Ablaufs von Entscheidungsprozessen: Im Vordergrund stehen neo-institutionalistische Annahmen, denen zufolge formelle und informelle Institutionen Handlungsspielräume eingrenzen und den Ablauf politischer Prozesse strukturieren.
- Die vergleichende Politikanalyse: Insbesondere sollte die Gewinnung methodisch vergleichbarer Erkenntnisse vorangetrieben werden.

Die drei Bereiche sind nicht als getrennte Einheiten zu betrachten, sondern eng miteinander verknüpft. Während dies für den letztgenannten Bereich evident erscheint, ist die Verbindung der Untersuchung nationaler Rollenkonzepte mit dem Ablauf innenpolitischer Entscheidungsprozesse ein noch wenig untersuchtes Feld. Neben der Frage, inwiefern die innenpolitische Kultur auf die aussenpolitische »abfärbt« (Sampson/Walker 1987: 114), geht es insbesondere auch um diejenige nach dem Einfluss innenpolitischer Entscheidungsprozesse auf das Entstehen bzw. die Veränderung von Rollenkonzepten. Kal Holsti (1970) führte den Begriff nationaler Rollenkonzepte (*na-*

1 Die Idee zum Verfassen dieses Beitrags entstammt einem Workshop der Sektion Internationale Politik der DVPW zum Thema Aussenpolitikforschung in der Evangelischen Akademie Arnoldshain im Februar 1999. Mein Dank gilt Magdalena Bernath, Christoph Weller, Martin Zbinden sowie den anonymen GutachterInnen der ZIB für wertvolle inhaltliche und redaktionelle Hinweise.

*tional role conception*) als unabhängige Variable für die Politikgestaltung ein, wobei er sich auf nationale Eliten bzw. Entscheidungsträger konzentrierte:

»A national role conception includes the policymakers' own definitions of the general kinds of decisions, commitments, rules and actions suitable to their states, and of the functions, if any, their state should perform on a continuing basis in the international system or in subordinate regional systems« (Holsti 1970: 245f).

Zugleich stellte er nationale Rollenkonzepte in Zusammenhang mit den Erwartungen, die von der internationalen Umwelt an die Entscheidungsträger gerichtet werden. Der Begriff des Rollenkonzepts setzt somit auch ein Verständnis der Struktur voraus, in welcher das betreffende Konzept zur Anwendung gelangt (Hollis/Smith 1990: 14). Sowohl Gaupp (1983) wie auch Jönsson (1984) und Kirste und Maull (1996) übernahmen die *bi-cephale* Grundlage ausserpolitischer Rollenkonzepte: Derzufolge sind diese Teil der nationalen Identität, indem sie zu den Ideen, Interpretationen oder Vorstellungen einer nationalen Gemeinschaft über sich selbst gehören (Peters 1998: 7-9). Zugleich beinhalten nationale Rollenkonzepte internationale Erwartungen an die Adresse der betreffenden Staaten. Die zuvor aufgeworfene Frage nach dem Einfluss innenpolitischer Entscheidungsprozesse auf ausserpolitische Rollenkonzepte beinhaltet somit zwei Dimensionen: *Erstens*, was geschieht, wenn nationale Identität und ausserpolitische Erwartungen an nationale Rollenkonzepte divergieren? Unter welchen Bedingungen kommt es dazu? Wie gehen Staaten damit um? *Zweitens*, was geschieht, wenn innerhalb eines Staates Uneinigkeit über nationale Rollenkonzepte besteht? Dabei geht es nicht nur um Elitendispute, sondern um Uneinigkeit zwischen Eliten und breiten Teilen der Bevölkerung, dies vor dem Hintergrund des Bewusstseins, dass gemäss der Rollentheorie wirksame Ausserpolitik die Existenz weitgehend kongruenter Rollenkonzepte voraussetzt, die durch breite Zustimmung der ausserpolitischen Eliten und der politisch relevanten Bevölkerungsschichten legitimiert werden (Kirste/Maull 1996: 287). Gemäss Hudson und Vore (1995: 226) sollten Rollenkonzepte es ermöglichen, die konzeptionelle Lücke zwischen der allgemeinen Einstellung der breiten Bevölkerung und denjenigen der Eliten bzw. der Entscheidungsträger zu überbrücken.

Dies führt zur Frage nach der Entstehung bzw. der Veränderung nationaler Rollenkonzepte, welche in der bisherigen Literatur durch die Zuordnung der Rollentheorie in den Bereich des Konstruktivismus angerissen wurde (vgl. Schaber/Ulbert 1994: 144f). Dabei wurden auch die diagnostizierten Schwächen des Ansatzes berücksichtigt, der dazu neigt, die Transmissionsmechanismen innerhalb einzelner Akteure zu vernachlässigen (Checkel 1998). Allerdings liegen hierzu noch kaum empirische Befunde vor. Zur Klärung beizutragen vermag in erster Linie die Untersuchung nationaler Rollenkonzepte von Staaten, bei denen Veränderungen in der internationalen Umwelt neue Erwartungen an ihre Rollenkonzepte aufkommen liessen, und bei denen ausserpolitische Entscheidungsprozesse möglichst dezentralisiert sind, das heisst breite Kreise der Zivilgesellschaft und der allgemeinen Bevölkerung miteinbeziehen.

## 2. Kleinstaaten als Untersuchungsobjekt der Aussenpolitikforschung

Gerade traditionelle Kleinstaaten bieten sich hier als Untersuchungsfeld der Aussenpolitikforschung an, obwohl deren Aussenpolitik in der Vergangenheit auf verhältnismässig wenig Interesse gestossen war. Denn je mehr Einfluss Staaten auf das internationale System ausübten, um so interessanter waren sie für diesen Forschungszweig der Internationalen Beziehungen. Kleinstaaten gehörten definitionsgemäss nicht zum Kreis systembeeinflussender oder gar -bestimmender Länder (Keohane 1969: 295-296). Wurden sie in der Vergangenheit zum Objekt intellektuellen Interesses, war dies weniger aufgrund ihrer Aussenpolitik als aus Begeisterung über ihre innenpolitische Verfasstheit. Jean-Jacques Rousseau und Charles de Montesquieu sahen Kleinstaaten als für demokratische Strukturen besonders geeignet, zugleich aussenpolitisch jedoch vom Untergang bedroht (Sieber 1920). Durch den Nationalismus des 19. Jahrhunderts wurde diese Sichtweise weiter verstärkt: Geographische Kleinräumigkeit galt als Ursache geistiger und kultureller Enge und das Verschwinden von Kleinstaaten als eine historische Notwendigkeit (Cappis 1923: 173; Bussmann 1952). Kleinstaaten sind aber nicht von der politischen Landkarte verschwunden, ganz im Gegenteil: Seit dem Ende des Kalten Krieges sind in Mittel- und Osteuropa durch die Desintegration und Teilung bestehender Staaten neun zusätzliche Kleinstaaten entstanden.<sup>2</sup> Bevölkerungsmässig gesehen sind zwei Drittel der europäischen Staaten nun Kleinstaaten. Schon rein *quantitativ* setzt somit die Untersuchung der internationalen Beziehungen zumindest in Europa die Berücksichtigung dieser Länderkategorie voraus.

Nicht nur gibt es heute mehr Kleinstaaten, sondern das Spektrum an nationalen Rollenkonzepten dieser Staaten hat sich gegenüber früher, als es um die grundsätzliche Wahl zwischen Bündnismitgliedschaft und Neutralität ging, auch beträchtlich erweitert. Damit wären wir beim *qualitativen* Interesse an dieser Staatengruppe im Sinne der Aussenpolitikforschung angelangt. Wenn in der Vergangenheit der wissenschaftliche Nutzen des Kleinstaatenbegriffs hinterfragt wurde, lagen dessen Definition rein quantitative Faktoren zugrunde (Baehr 1974; Christmas-Möller 1983). Strukturelle Veränderungen wie die gewandelte Bedeutung der verschiedenen Machtdimensionen (Keohane/Nye 1989), regionale Integrationsprozesse und kooperative Sicherheitsbestrebungen ermöglichten Kleinstaaten auf der Akteursebene die Entwicklung unterschiedlichster Strategien, die ihnen die Wahrung ihrer Interessen im Rahmen von Verhandlungsprozessen (Schelling 1980: 22) oder durch ihre Funktion als Brückenbauer oder Vermittler (Rothstein 1968: 26) erlaubt. Die Beschreibung der daraus resultierenden Rollen als Instrumente zur Maximierung des eigenen Einflusses (Cox/Jacobson 1974; Kirste/Maull 1996: 293) greift jedoch im Falle von Kleinstaaten zu kurz. Ebenso im Vordergrund stand für sie der Umgang mit staatlicher Souveränität: Kleinstaaten gelten als besonders souveränitätsbewusst,

2 Es handelt sich um Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Moldavien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und die Slowakei. Der Kategorisierung wird eine Bevölkerungsobergrenze von 10 Millionen Einwohnern zugrundegelegt.

dies nicht zuletzt, weil in ihrem Fall das völkerrechtlich verankerte Prinzip der souveränen Gleichheit in der Vergangenheit öfter missachtet wurde als im Falle mächtiger Staaten (Krasner 1995: 147-148). Kleinstaaten zeichnen sich somit dadurch aus, dass sie im Verhältnis zu anderen Staaten historisch gesehen nicht nur weniger Einfluss auf die internationale Umwelt ausübten, sondern auch weniger autonom waren (Goetschel 1998b: 19). Natürlich möchten diese Staaten am liebsten beides vergrössern oder zumindest bewahren. Die Vergrösserung ihres Einflusses über institutionelle Lösungen birgt jedoch stets das Risiko eines Autonomieverlustes in sich, während das Beharren auf Autonomie dem Mitwirken und der Einflussnahme in internationalen Organisationen entgegenzustehen scheint. Für Kleinstaaten beinhaltet die Frage nach der Entstehung und Veränderung nationaler Rollenkonzepte ebenfalls diejenige nach den Faktoren, welche die Wahl des Verhältnisses zwischen Einflussnahme und Autonomiewahrung bestimmen.

### 3. Sonderfall Schweiz?

Die Bezeichnung der Schweiz als *politischer Sonderfall* stützt sich auf die Kombination von direkter Demokratie, Föderalismus und kollegialem Regierungssystem im Innern sowie Neutralität und subjektiv betonter Kleinstaatlichkeit im Verhältnis zur Aussenwelt.<sup>3</sup> Dieses System – eine Mischung innenpolitischer Verfasstheit und aussenpolitischer Tradition – ist auf alles andere als die Führung einer aktiven Aussenpolitik ausgelegt. Die Schweiz räumte bis zum Ende des Kalten Krieges zwar der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen hohe Priorität ein, erklärte aber ansonsten die Einhaltung der Neutralität zur obersten Maxime ihrer Aussenpolitik (Goetschel/Zbinden 1998).

Zu Recht wurde bereits in den 70er Jahren die Frage aufgeworfen, ob das aussenpolitische Entscheidungssystem der Schweiz mit einer Politik, die nicht mehr durch eine strenge Neutralität geprägt ist, überhaupt vereinbar sei (Schindler 1975: 179). Der ehemalige schweizerische Aussenminister Willy Spühler forderte, die schweizerische Aussenpolitik habe nicht mehr bloss in wirtschaftlichen Kategorien zu denken und zu handeln, sondern eine *politische* Aussenpolitik zu sein. Die Zeit sei vorbei, da es im Zeichen der Neutralität als aussenpolitische Richtlinie gelten konnte, vor den politischen Problemen und Stellungnahmen auszuweichen und den Bürger und die Bürgerin des verantwortlichen aussenpolitischen Denkens zu entheben (Spühler 1977: 5). Einige Jahre später wurde in einer Volksabstimmung der Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen mit über drei Viertel ablehnender Stimmen in einem Ausmass verworfen, das in- und ausländische Kommentatoren erstaunte. Selbst der Kanton Genf als UNO-Sitz lehnte den Beitritt der Schweiz ab (Pfirter 1988). Es war aber vor allem die Ablehnung des EWR-Beitritts der Schweiz durch das Stimmvolk am 6. Dezember 1992,

3 Einen ausgezeichneten und facettenreichen Überblick des *Sonderfalls* liefern Leimgruber und Christen (1992) in ihrem Begleitband zu einer gleichnamigen Ausstellung, die im Schweizerischen Landesmuseum stattgefunden hatte.

die zu einer nachhaltigen Selbstbesinnung der politischen Eliten des Landes führte. Im Jahre 1995 wurde das Nationale Forschungsprogramm »Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik« (NFP 42) lanciert, das unter anderem zum Ziel hatte, die innere Dimension der schweizerischen Aussenpolitik zu untersuchen und die Entscheidungsstrukturen und –prozesse zu beleuchten.<sup>4</sup>

Die aussenpolitische Apathie der Schweiz hatte Auswirkungen auf die wissenschaftliche Diskussion. Im Rahmen der Politikwissenschaft wurde die Bedeutung der Aussenpolitik lange Zeit geringgeschätzt. Abgesehen von einigen Arbeiten zur wirtschaftlichen Dependenz (M. Sieber 1981; Vogel 1979) und der grundlegenden Dissertation von Gaupp (1983) zur Rollentheorie beruhten die Anfänge der Disziplin auf Studien über die innenpolitische Verfasstheit des Landes, insbesondere die direkte Demokratie, den Föderalismus und das Regierungssystem, wohingegen die Aussenpolitikanalyse ein stark untervertretenes und erst noch methodisch heterogenes Forschungsfeld darstellte (Linder 1996). Die Analyse der Neutralität war lange Zeit von Völkerrechtlern geprägt. Politikwissenschaftliche Fragen blieben, abgesehen von vereinzelt, aber qualitativ bedeutenden Ausnahmen (Frei 1968, 1969), vollständig ausgeklammert. Hinzu kam, dass die betreffenden Juristen meist über eingespielte Arbeitsbeziehungen zu Politik und Verwaltung verfügten, womit sie die Aussenpolitik nicht nur diskutierten, sondern auch direkt mitgestalteten. Symbolisiert wurde diese Kumulation von Funktionen durch die von einem Wissenschaftler versehene prestigeträchtige Stellung des Völkerrechtsberaters des Eidgenössischen Departementes für Auswärtige Angelegenheiten (EDA).<sup>5</sup>

Die Bedeutung von Teil-Insidern widerspiegelt sich im Inhalt des Handbuchs der schweizerischen Aussenpolitik (Riklin et al. 1992). Darin dominieren deskriptiv gehaltene Analysen von Sachverständigen aus Verwaltung und politischer Praxis. Auffallend ist die vollständige Vernachlässigung der innenpolitischen Dimension der Aussenpolitik. Trotz eines stolzen Gesamtumfangs von über tausend Seiten ist kein einziger Beitrag der aussenpolitischen Entscheidungsfindung gewidmet. Auch die Autoren des neuen Handbuchs der Schweizer Politik (Klöti et al. 1999) erachteten es nicht als notwendig, dem Spannungsfeld zwischen Innen- und Aussenpolitik einen eigenen Beitrag zu widmen.

4 Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (1995: 9-11). Der nachfolgende Überblick der Schweizer Aussenpolitikanalyse integriert soweit möglich End- und Zwischenergebnisse dieser Forschungsinitiative. Ebenfalls verwiesen sei auf den Abschlussbericht des Nationalen Forschungsprogramms 28, »Die Schweiz im globalen Wandel: Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderungen« (Kappel/Landmann 1997).

5 In den fünfziger Jahren wurde sogar die einzige quasi offizielle Neutralitätsdefinition der Schweiz, die als Grundlage für den österreichischen Staatsvertrag diente, in Form eines Beitrages in einer wissenschaftlichen Zeitschrift aus der Hand des damaligen Rechtskonsulenten veröffentlicht (Bindschedler 1957).

Aus der vorangehenden Schilderung der Entwicklung der Disziplin geht hervor, dass die Vernachlässigung der Aussenpolitikanalyse in der Schweiz zweifellos auch in Zusammenhang mit dem generellen aussenpolitischen Selbstverständnis der Schweiz zu sehen ist. Für die Forschung ergeben sich daraus schon rein historisch gesehen interessante Fragestellungen mit Blick auf aussenpolitische Entscheidungsprozesse während des Kalten Krieges; die bereits erwähnte Parallelität zwischen wirtschaftlichem Engagement und politischer Zurückhaltung wirft Fragen auf insbesondere hinsichtlich des relativen Einflusses dieser beiden Akteursgruppen.<sup>6</sup>

Allgemeiner ergeben sich aus den zuvor aufgelisteten offenen Fragen im Bereich der Aussenpolitikanalyse Wünsche an die Erforschung der Auswirkungen der Veränderungen der internationalen Umwelt auf die nationalen Rollenkonzepte der Schweiz. Im Vordergrund stehen die Zeit des Kalten Krieges, die einsetzende regionale Integration, die Entwicklungen nach der politischen Wende und der Prozess der Globalisierung. Auch wäre zu untersuchen, inwiefern sich die innenpolitische Verfasstheit der Schweiz und insbesondere die entsprechenden Entscheidungsprozesse auf die Veränderung oder Verstetigung nationaler Rollenkonzepte auswirken. Dabei geht es auch darum, die Frage zu klären, ob Rollenkonzepte wirklich erlauben, die Lücke zwischen der allgemeinen Einstellung der breiten Bevölkerung und derjenigen der Eliten bzw. der Entscheidungsträger zu überbrücken (Hudson/Vore 1995: 226). Die Schweiz erscheint in diesem Zusammenhang als Untersuchungsland von besonderem Interesse, weil die Möglichkeit gegeben ist, nicht nur anhand von Umfragen,<sup>7</sup> sondern auch von Abstimmungsverhalten die Haltung der Bevölkerung zu konkreten Sachfragen der Aussen- und Sicherheitspolitik zu überprüfen. Schliesslich sollten die gewonnenen Erkenntnisse in vergleichende Studien miteinfließen, die Aufschluss über das Ausmass des *Sonderfalls* Schweiz liefern könnten, sowohl was dessen tatsächliche Existenz als auch was dessen Relevanz für die Aussenpolitikanalyse betrifft. Wie ist es in der schweizerischen Forschungslandschaft um die Erfüllung dieser Aufforderungen bestellt? Mit Blick auf die Beantwortung dieser Fragen werden nachfolgend überblicksartig die wichtigsten neueren Ergebnisse aus der schweizerischen Aussenpolitikforschung vorgestellt und kommentiert, wobei nacheinander Arbeiten zu nationalen Rollenkonzepten, zu Entscheidungsprozessen und vergleichende Studien behandelt werden.

6 Kürzlich erfolgte politische Vorstösse zur Klärung der Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Apartheid-Regime in Südafrika werden voraussichtlich zur Lancierung eines entsprechenden Forschungsprogramms führen.

7 Diese werden insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik seit Beginn der 90er Jahre auf jährlicher Basis von Spillmann und Haltiner durchgeführt. Siehe für die letzte Nummer Haltiner et al. (1997).

### 3.1. Nationale Rollenkonzepte

In der Schweiz bestimmte in diesem Jahrhundert das aussenpolitische Leitbild<sup>8</sup> der *Neutralität* die meisten Rollenkonzepte des Landes. Die Zweckmässigkeit der Neutralität als Orientierungsgrundlage für die Aussen- und Sicherheitspolitik des Landes wurde jedoch insbesondere seit der politischen Wende in Europa mit Verweis auf die veränderte Bedrohungslage, die isolierende Wirkung und die allgemeine aussenpolitische Lähmung wiederholt in Zweifel gezogen. Divergierende Standpunkte aus der Sicht von Wissenschaftlern und Sachverständigen aus der Praxis wurden in der Form von Tagungsbänden (Kux 1994), auch in vergleichender Perspektive (Baechler 1994), dargelegt. Gabriel (1997) legte eine Zusammenstellung eigener kritisch kommentierender Beiträge zur Neutralitätspolitik der Schweiz vor, die bis in die 80er Jahre zurückreichen. Die beiden ersten Publikationen sind informativ und enthalten verschiedenste Standpunkte; Gabriels Werk ist seinerseits reichhaltig dokumentiert und vermittelt einen ausgezeichneten Überblick der widersprüchlichen Entwicklung der Neutralitätspolitik. Damit wird klar Abstand gewonnen von der rein juristischen Betrachtungsweise, der auch zwei Dissertationen jüngeren Datums gewidmet sind: Schaub (1995) untersucht einmal mehr das Verhältnis zwischen Neutralität und kollektiver Sicherheit, während Linsi (1994) die Embargopolitik der Schweiz im Licht der Neutralitätsdoktrin analysiert.

Keine dieser Abhandlungen unternimmt jedoch den Versuch, Wandlungen des aussenpolitischen Leitbilds der Neutralität und der damit verknüpften Rollenkonzepte zu untersuchen. Dabei zeigen erste empirische Untersuchungen, dass das traditionellerweise am häufigsten mit der Neutralität in Verbindung gebrachte Konzept der »Guten Dienste« (Probst 1989) international kaum mehr auf Resonanz stösst. Neutrale Staaten sind nicht signifikant häufiger als andere Staaten mit Vermittlungsmandaten betraut worden. Das gleiche negative Resultat gilt auch für Gruppen von Staaten, die aufgrund ihrer Kleinheit über eine gewisse Unparteilichkeit verfügen sollten. Zudem waren diese Staatengruppen auch nicht erfolgreicher als andere Vermittler in ihren Bemühungen, die Konfliktparteien zum Abschluss eines Abkommens zu bewegen (Marquis/Schneider 1996). Trotzdem zeigt eine neue Arbeit, die im Rahmen von vier Fallstudien den Einfluss von Weltbildern auf das Reagieren der Behörden in aussenpolitischen Situationen untersuchte, dass das Selbstbild des aussenpolitisch zurückhaltenden neutralen Kleinstaates institutionell nach wie vor sehr stark verankert ist (Ruloff et al. 1999).

Versuche, die Wandlung von mit der Neutralität verbundenen Rollenkonzepten auf konzeptioneller Ebene anzugehen, sind erst spärlich vorhanden. Dabei würde die aktuelle Diskussion über internationale Normen und nationale Identitäten im Feld der Internationalen Beziehungen eine wertvolle Grundlage liefern. Goetschel (1999)

8 Aussenpolitische Leitbilder verkörpern zentrale normative Elemente der Aussenpolitik eines Landes, so wie sie durch die Praxis gestützt und von der Bevölkerung perzipiert werden. Sie sind auf einem gewissen Abstraktionsniveau angesiedelt und beinhalten eine emotionale Komponente, die identitätsbildend wirkt. Zur Rolle von Bildern in der Aussenpolitikanalyse siehe u.a. Boulding (1956) und Larson (1994).



unterteilt die traditionellen Funktionen der Neutralität in realistische und idealistische. Gestützt auf einen konstruktivistischen Ansatz erklärt er die alleine verbleibende Relevanz der zweiten Kategorie in der heutigen internationalen Umwelt. Baechler (1998) setzt sich mit den neuen Bedingungen internationaler Mediation und Konfliktbearbeitung insbesondere in Afrika auseinander und erarbeitet Vorschläge für ein modifiziertes Verständnis der Funktion des kleinstaatlichen Vermittlers.

Mit Verweis auf die Neutralitätspolitik hielt sich die Schweiz während des Kalten Krieges vom europäischen Integrationsprozess fern. Bis in die sechziger Jahre betrachtete sie auch – abgesehen von der OEEC/OECD – andere Foren multilateraler wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Skepsis. *Bilateralismus* lautete die entsprechende Richtlinie der schweizerischen Diplomatie. Dabei handelte es sich um eine Strategie zur Weltmarktintegration, die – auf einem System von zweiseitigen völkerrechtlichen Verträgen beruhend – den zwischenstaatlichen Handels- und Zahlungsverkehr regelte. Ziel war die Förderung des internationalen Wirtschaftsverkehrs durch die konkrete Verständigung über einzelne wirtschaftliche Vorgänge. Der bilaterale Verhandlungsprozess erlaubte, die vielgestaltigen Interessen und Verhältnisse der Wirtschaft zu berücksichtigen (Hug/Kloter 1999: 14). Diese These wird von den Autoren anhand einer Vielzahl von Fallstudien, bestehend aus der Aufarbeitung historischer Lizentiatsarbeiten, illustriert. Neuere Untersuchungen wie die eben erwähnte sowie die soeben erschienene Dissertation von Zbinden (1999) zeigen, dass es vor allem korporatistische Interessen waren, die dieses Merkmal helvetischer Diplomatie förderten. Seit den sechziger Jahren engagierte sich die Schweiz zunehmend auch in der multilateralen Zusammenarbeit, insbesondere im GATT und in der EFTA. Korporatistische Grundkonstanzen blieben jedoch bis und mit heute in der schweizerischen Aussenpolitik enthalten und prägten insbesondere die Integrationspolitik. Ausdruck davon waren die zwiespältige Haltung der Wirtschaftsverbände gegenüber dem EWR-Abkommen (Goetschel 1994: 200-214) sowie ihre Unterstützung der anschliessend über mehrere Jahre hinweg ausgehandelten bilateralen sektoriellen Abkommen mit der EU. Dass auch ausserhalb der Integrationspolitik trotz Multilateralisierung und Globalisierung die bilaterale Politik für die Schweiz von anhaltender Bedeutung ist, davon zeugt eine empirische Erhebung aller von der Schweiz abgeschlossenen internationalen Verträge für je zwei vierjährige Perioden in den 80er und 90er Jahren von Hirschi, Serdült und Widmer (1999). Hierbei wurde quantitativ keine Umlagerung von der bilateralen zur multilateralen Zusammenarbeit festgestellt. Inhaltlich wurde allerdings eine Verschiebung zu Themen beobachtet, die traditionellerweise der Innenpolitik zugerechnet wurden. Auch hier würde sich weitere Forschung aufdrängen, die den Stellenwert der bilateralen Diplomatie in Funktion der gewandelten internationalen Umwelt untersucht.

### 3.2. Aussenpolitische Entscheidungsprozesse

Die innenpolitischen Grundlagen der Aussenpolitik in der Schweiz grenzen den für andere Länder üblichen weitreichenden Handlungsspielraum der Exekutive stark ein. Dies gilt insbesondere für das Instrument der direkten Demokratie. Obligatorische Volksabstimmungen für wichtige Staatsverträge, in denen die Zustimmung der Mehrheit der Stimmenden ebenso wie derjenigen der Kantone notwendig ist, werden ergänzt durch eine ganze Bandbreite möglicher fakultativer Volksbefragungen, in denen es gegnerischen Gruppierungen jeweils ein leichtes ist, die geringe Anzahl notwendiger Unterschriften zur Abhaltung eines Referendums zu sammeln. Dies hat zur Folge, dass die Regierung wie in kaum einem anderen Land darauf bedacht ist, sich einer möglichst breiten innenpolitischen Abstützung ihrer Aussenpolitik zu versichern.

Für die Anhänger der Spieltheorie stellt Putnams »Two-Level-Game«-Ansatz (Putnam 1988) eine Möglichkeit dar, das Interagieren der nationalen und internationalen Ebenen zu modellieren. Die Idee ist, dass nationale Entscheidungsträger gleichzeitig in einem nationalen und in einem internationalen Spiel beteiligt sind. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, dass die Akteure die Entwicklung in einem Spiel zur Beeinflussung ihrer Position im anderen Spiel einsetzen können. Hier sind es vor allem Arbeiten von Dupont, unter anderem ein Vergleich der Verhandlungen zum Völkerbundsbeitritt und zum EWR (Dupont 1992), sowie eine neue Abhandlung über einen Vergleich der Verhandlungen Österreichs und der Schweiz mit der EG (Dupont et al. 1999), die sich dieser Methodik verschrieben haben. In beiden Fällen schneidet die Verhandlungstaktik der Schweiz mit der EG relativ schlecht ab: Während die Schweizer Verhandlungsführer gegenüber dem Völkerbund eine grössere Glaubwürdigkeit an den Tag legten und zu grösseren Konzessionen bereit waren, besass die Schweiz im Falle des EWR im Vergleich zu Österreich keine den Umständen angepasste Verhandlungsstrategie und schätzte insbesondere die externe Umwelt falsch ein.<sup>9</sup> Diese Erkenntnis passt zum Forschungsergebnis von Ruloff et al. (1999). Gestützt auf einen ganz anderen Ansatz<sup>10</sup> gelangten diese anhand von vier Fallstudien zum Schluss, dass Schweizer Diplomaten eine vorausschauende Arbeit, die Handlungsalternativen und entsprechende Kosten-Nutzen-Bewertungen enthielte, nur bei sehr starkem Problemdruck leisten würden. Ansonsten arbeite die Verwaltung auf einem eher geringen analytischen Niveau.

9 Es gehört zur Natur des spieltheoretischen Ansatzes, dass die Angaben über die reale Umwelt zugunsten der Methode verhältnismässig stark eingeschränkt werden. Trotzdem wirkt es störend, dass der als wichtigster Beleg für die schwache Schweizer Europa-Strategie angeführte mangelnde Entfaltungsspielraum für die schweizerische Wirtschaft (Dupont et al. 1999: 218) im Zeitpunkt des Erscheinens des entsprechenden Beitrages durch die Unterzeichnung der bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU bereits weitgehend aus dem Weg geräumt worden war.

10 Methodisch verknüpft diese Arbeit das *process-tracing* mit dem Einfluss von Weltbildern und Wertesystemen. Siehe dazu z.B. Foyle (1997) und Rosati (1995).

Eine weitere methodische Möglichkeit, die gegenseitige Beeinflussung des inländischen und des internationalen Entscheidungsprozesses nachzubilden und zu analysieren, bieten Netzwerkanalysen. Für die Landwirtschaftspolitik hat Sciarini (1994, 1995) diesen Versuch unternommen. Er untersucht den Einfluss des innenpolitischen Netzwerks auf die von der Schweiz in der Uruguay-Runde des GATT vertretenen Standpunkte sowie den Einfluss dieser Verhandlungen auf die innere Machtkonfiguration und auf die Agrarreform in der Schweiz. Interessant ist die Schlussfolgerung, dass das schweizerische Konzertierungsverfahren, entgegen den Thesen Katzensteins (1984, 1985), der internationalen Anpassung eher hinderlich als förderlich sei. Die nichtsdestotrotz diagnostizierte Anpassungsfähigkeit des schweizerischen politischen Systems an die internationale Umwelt wird mit dem Hinweis relativiert, dass der äusserst starke Druck des GATT nicht für alle Politikbereiche als repräsentativ gelten könne. Ebenfalls gestützt auf das Instrument der Netzwerkanalyse wurde das Interagieren zwischen Innen und Aussen im Bereich der Transportpolitik und insbesondere der Umgang mit der Gewichtsobergrenze für den Güterschwerverkehr analysiert (Maibach et al. 1999). Die Autoren gelangen zum interessanten Schluss, dass der Druck des Auslands auf die Schweiz zwar die Abkehr von der Gewichtslimite bewirkte, gemessen an den eigentlichen transportpolitischen Zielen letzten Endes aber zu einer Stärkung der Position der Schweiz in den Transitverhandlungen mit der EU geführt habe.

Widmer und Serdült (1999) fanden in ihrer empirischen Untersuchung über Staatsverträge Belege für die Thesen, dass bei aussenpolitischen Entscheidungsprozessen im Vergleich zur Innenpolitik die föderalistische Kompetenzenverteilung zwischen Bund und Kantonen eine kleinere Rolle spielt, die Exekutivlastigkeit stärker und die öffentliche Sichtbarkeit geringer sind. Schliesslich verlaufen die entsprechenden Entscheidungsprozesse weniger entlang feststehender Normen. Dass dies bewusst von der Regierung so angestrebt wird, darf für die Schweiz bezweifelt werden.<sup>11</sup> Störend wirkt vor diesem Hintergrund, dass die Auswirkungen des kollegialen Regierungssystems auf die Aussenpolitik bisher unergründet blieben. Diese Frage stellt sich erst recht in Verbindung mit dem seit den 50er Jahren geltenden Prinzip der parteipolitischen Konkordanz. Entsprechende Untersuchungen würden die Eruiierung des Zustandekommens aussenpolitischer Entscheidungen voraussetzen. Dabei geht es weniger um die Diskussionen und Abstimmungen im kollegialen Regierungsgremium, dessen Protokolle für die Forschung nicht zugänglich sind. Wichtig wäre gerade auch aus institutionalistischer Sicht die Untersuchung des Vorbereitungsprozesses und diesbezüglich die Beantwortung der Frage, wie es zur Herstellung von Kommunikation und Koordination zwischen den beteiligten Akteuren der Verwaltung kommt, dies auch in der Perspektive Allison's (1971), dass sich Organisationen oft auf Routineverfahren verlassen, die im weiteren Handlungszusammenhang als nicht optimal erscheinen (Schneider 1997: 114-115).

<sup>11</sup> Dies würde dem intergouvernementalistischen Ansatz von Moravcsik (1997) entsprechen, demzufolge die Exekutive mittels internationaler Vereinbarungen versucht, ihre Kompetenzen zu Lasten der Legislative auszudehnen.

In bezug auf die Mitwirkung der Kantone an der Europapolitik beschreibt der Sammelband von Freiburghaus (1994) die institutionellen und inhaltlichen Herausforderungen. Er berücksichtigt vor allem die aus der Diskussion über den EWR-Beitritt der Schweiz heraus entstandene Dynamik sowohl innerhalb der einzelnen Kantone als auch in deren horizontalen Koordinationsbestrebungen. Allgemeiner mit der Problematik der kantonalen Mitwirkung und Kompetenzenwahrung beschäftigt sich die neue juristische Dissertation von Sturny (1998), die sehr umfassend und detailliert abgefasst ist, abgesehen von einem Vergleich der Mitwirkung der Gliedstaaten in den USA, der BRD, Österreich und Belgien jedoch insgesamt wenig neue Einblicke eröffnet.

Schlecht erforscht ist ebenfalls die Rolle der Zivilgesellschaft und insbesondere der Nichtregierungsorganisationen (NROs) in aussenpolitischen Entscheidungsprozessen. Die auf einer Umfrage gründende Erkenntnis von Aligisakis und de Bellet (1998), dass solche Organisationen zumindest im Rahmen der Europapolitik der Haltung der Regierung weit mehr Verständnis entgegenbringen als allgemein vermutet wird, ist für diesen weitgehend unerforschten Bereich nicht viel mehr als ein Tropfen auf einen heissen Stein. Die Studie liefert ebenfalls Hinweise auf die grosse Bedeutung informeller Einflusskanäle gegenüber offiziellen Kontakten. Dies deckt sich mit der Erkenntnis von Freymond und Boyer (1998), die in ihrer Analyse zum Einfluss von NROs im Bereich der Umwelt- und Menschenrechtspolitik neben persönlichen Beziehungen die Bedeutung klassischer Instrumente wie Sensibilisierungskampagnen, Petitionen, Volksinitiativen und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen hervorheben. Die starke Heterogenität der untersuchten Organisationen und Politikbereiche verknüpft mit einer mangelhaften konzeptionellen Kategorisierung grenzt die Aussagekraft beider Untersuchungen jedoch stark ein.

*Aussenpolitische Abstimmungen* stellen, noch mehr als andere Abstimmungen, die Frage nach der Sachkenntnis der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Frühe empirische Untersuchungen verwiesen auf die mangelnde direkte Betroffenheit der Abstimmenden und den zu hohen Abstraktionsgrad der anstehenden Themen als Gründe für die sehr geringe aussenpolitische Sachkenntnis der Bevölkerung (Almond 1950). Nachfolgende Arbeiten zeigten jedoch, dass die Informationen zur Aussenpolitik darauf einen nicht unerheblichen Einfluss haben (Shapiro/Page 1988; Hurwitz/Peffley 1987). Gerade um diese ist es aber in der schweizerischen Medienberichterstattung nicht zum Besten bestellt: Die schweizerische Aussenpolitik hat zwar in den letzten Jahren die Medienschaffenden mehr in Anspruch genommen und stärker interessiert als früher, aber nur einseitig, punktuell und ziemlich konzeptlos, wie eine sorgfältige empirische Erhebung bei Medienschaffenden ergab (Nyffeler 1999). Trotzdem sind die Stimmenden über aussenpolitische Entscheide gar nicht so uninformiert, wie dies immer wieder vermutet wird, obwohl die Regierung zu aussenpolitischen Vorlagen an der Urne überdurchschnittlich oft desavouiert wird. Marquis (1997) führt dies in Anwendung eines Modells von Zaller (1992) auf den relativ hohen Grad an Konfliktualität innerhalb der politischen Eliten zu aussenpolitischen Vorlagen zurück, den er anhand einer Zeitreihenuntersuchung für die Jahre 1985-1992 beobachtete. Anhand einer Aus-

wertung von Zeitungsinserten wird quantitativ eine systematische Dominanz gegnerischer Argumente aussenpolitischer Öffnungsschritte ausgemacht (Kriesi et al. 1999: 40). Dass die Zerstrittenheit innerhalb der politischen Elite zu einer quasi systematischen Besserstellung der Gegner von Regierungsvorlagen bei der Auswahl von Kampagnenthemen führt, hatten bereits Schneider und Hess (1995) festgehalten. Deren Studie stützte sich auf ein Modell von Riker (1993), wonach Kampagnen in der direkten Demokratie nicht darauf ausgerichtet sind, die Bürgerin und den Bürger auf dialektische Art und Weise mit dem Abstimmungsgegenstand vertraut zu machen. Vielmehr strebe ein rationaler Akteur danach, in möglichst vielen inhaltlichen Dimensionen des Abstimmungsgegenstandes den Gegner rhetorisch auszustechen. Anhand einer empirischen Untersuchung der EWR-Kampagne wird die Tendenz der Kontrahenten ersichtlich, statt auf die Argumente des Gegners einzugehen, so weit als möglich Argumentationsmonopole aufzubauen. Dies stellt die konstruktive Funktion von Informationskampagnen und Abstimmungskämpfen grundsätzlich in Frage.

Damit stellt sich auch die Frage nach der Rolle der Regierung im Vorfeld aussenpolitischer Abstimmungen. Soll diese gewissermassen in eigener Sache zur Meinungsbildung der Bevölkerung beitragen und den festgestellten Verzerrungen entgegenwirken? Neben komplexen rechtlichen Überlegungen (Decurtins 1992) sind damit vor allem auch politische Erwägungen verknüpft. Diese sind es, die Inhalt und Form der Informationsleistungen der Behörden vor Abstimmungen bestimmen, wie eine Untersuchung zur EWR-Abstimmung zeigte (Goetschel 1994). Dabei geht es nicht nur um die kommunikationstechnische Effizienz staatlicher Informationsleistungen, sondern auch um deren Akzeptanz als Vorbedingung jeglicher erfolgreichen Informationspolitik.

In Zukunft könnten die staatlichen Behörden auch ausserhalb von Informationsfragen verstärkt gefordert sein: Eine politökonomische Analyse der EWR-Abstimmung von Brunetti, Jaggi und Weder (1998, 1999) zeigt, dass den potentiellen Verlierern einer wirtschaftlichen Öffnung im Abstimmungskampf ein überproportionaler Einfluss zukommt. Grund dafür ist, dass sich diese Teile der Bevölkerung viel stärker gegen eine Vorlage motivieren lassen als die potentiellen wirtschaftlichen Gewinner zugunsten der entsprechenden Vorlage. Die Autoren folgern daraus, dass ohne die Einbindung der Verlierer eine weitere wirtschaftliche Öffnung der Schweiz, insbesondere gegenüber Europa, nur schwer zu realisieren sein wird. Eine Option wäre es, bereits im Vorfeld entsprechender Abstimmungen mit den potentiellen Verlierern explizite Verhandlungen über Kompensationen zu führen. Diese Ergebnisse sind aber insofern umstritten, als sie vorliegende politikwissenschaftliche Arbeiten unbeachtet lassen, die zum Ergebnis gelangen, dass auch bei vordergründig wirtschaftlichen Vorlagen wie dem EWR sozio-kulturelle und sozio-strukturelle Faktoren für das Stimmverhalten ausschlaggebend sind (Vatter 1994).

Weitgehend unberührt sind die Fragen nach der Rolle der Kantone und der NROs während Abstimmungskampagnen. Die Kantone boten in der Vergangenheit als Gegenleistung für ihren verstärkten Einbezug in den aussenpolitischen Entscheidungsprozess ihre Unterstützung für die stärkere Verankerung der Aussenpolitik im

Innern des Landes an (Bundesrat 1998). In der Vergangenheit waren kantonale Regierungen, geschweige denn kantonale Parlamente aber kaum je dazu bereit, politische Risiken zur Stützung der Aussenpolitik des Bundes einzugehen. Zu untersuchen wäre, ob sich dies mit den sich wandelnden Inhalten der Aussenpolitik ändert und ob die kantonalen Politiker nicht nur mehr Mitsprache fordern, sondern auch bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Zur Rolle der NROs liegt eine unveröffentlichte Lizentiatsarbeit zum Verhalten entwicklungspolitischer Organisationen vor der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zu den Bretton-Woods-Organisationen Währungsfonds und Weltbank im Jahre 1992 vor (Shepard 1995). Die Haltung zweier wichtiger Wirtschaftsverbände zur Integrationspolitik bildete vor einiger Zeit das Thema einer historischen Arbeit (Keel 1980). Ansonsten wurde die aussenpolitische Interessenbildung innerhalb der Zivilgesellschaft kaum untersucht.

### *3.3. Vergleichende Aussenpolitikanalyse*

Vergleiche zwischen Kleinstaaten haben Tradition. Vor allem gemeinsame Probleme und Herausforderungen wurden thematisiert, sei dies nun in bezug auf die internationale Interdependenz (Höll 1983), die europäische Integration (Luif 1995; Hanf/Soetendorp 1998; Goetschel 1998a) oder die Sicherheitspolitik (Bissel/Gasteyer 1990; Baechler 1994; Inbar/Scheffer 1997). Vergleiche aussenpolitischer Entscheidungsprozesse, eines der Hauptanliegen der Aussenpolitikanalyse, wurden jedoch unter Einbezug der Schweiz nur vereinzelt durchgeführt.

Die erwähnte Studie von Sturny (1998) zur Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik beschränkt sich auf den Vergleich rechtlich-institutioneller Regelungen. Die ebenfalls zitierte Arbeit von Dupont, Sciarini und Lutterbeck (1999) baut von ihrer empirischen Anlage her zwar auf einem Vergleich auf; dessen Aussagen sind jedoch in erster Linie von spieltheoretischem Interesse. Ein Vergleich des Verlaufs der integrationspolitischen Debatten in Österreich und in der Schweiz wurde aus historischer Perspektive von Schwendimann (1993) unternommen. Einen weiteren lobenswerten Beitrag neueren Datums liefern Sciarini und Lισταug (1997), die die Integrationspolitiken Norwegens und der Schweiz anhand der beiden negativen Abstimmungen zum EWR- bzw. zum EU-Beitritt vergleichen. Als entscheidende Faktoren für das Abstimmungsverhalten der jeweiligen Bevölkerungen ermitteln die Autoren die Struktur der wirtschaftlichen Abhängigkeit gegenüber der EU und die durch die Wirtschaftsakteure perzipierten Bedrohungen, die mit den notwendigen Liberalisierungsschritten verbunden gewesen wären. Weniger wichtig waren verschiedene Adaptionsmuster und ihre Auswirkungen auf die Haltung der Eliten. Schliesslich bestätigt der Beitrag auch die zumindest für die Schweiz nicht ganz neue Erkenntnis, dass in Fällen, in denen der EU-Beitritt nicht als wirtschaftliche Notwendigkeit empfunden wird, kulturelle und politische Faktoren eine grössere Bedeutung für die Entscheidung der Wähler haben als wirtschaftliche Faktoren. Als Schönheitsfehler bleibt die Tatsache, dass mit dem EWR- und dem EU-Beitritt

zwei nur begrenzt vergleichbare Abstimmungen gewählt worden sind. Die Annahme, dass Stimmende ausserpolitische Referenden dazu benutzen könnten, unliebsamen Regierungen einen Denkzettel zu verpassen, wird von Schneider und Weitsman (1996) spieltheoretisch widerlegt. In ihrem Vergleich der Maastricht-Referenden in Dänemark, Frankreich und Irland sowie der EWR-Abstimmung in der Schweiz kommen sie zum Schluss, dass bei unvollständiger Information weder internationale noch nationale Erwägungen allein ausschlaggebend für den Entscheid waren. Auch hier sind die Abstimmungsgegenstände nicht identisch. Allerdings wird die Schweiz auf absehbare Zeit das einzige Land bleiben, in dem zu gewissen ausserpolitischen Entscheiden, wie zum Beispiel der Aufstellung eines Blauhelmkontingents oder der Bewaffnung von Soldaten für friedensfördernde Einsätze, das Volk befragt wird. Sachfragen hingegen, die in anderen Ländern Gegenstand von Untersuchungen sind, wie beispielsweise der EU-Beitritt oder das Stimmverhalten in der UNO-Generalversammlung, sind in der Schweiz (noch) nicht aktuell. Entsprechende Vergleichsstudien gestalten sich daher schwierig oder hinken *per definitionem*. Dies kann als wissenschaftlicher Tribut an den *Sonderfall* gesehen werden.

Der »Sonderfall Schweiz« bietet auch für sich alleine genommen einen interessanten Untersuchungsgegenstand. Das Sonderfalldenken beinhaltet jedoch die Gefahr, dass sich Forschungsarbeiten auf die Einzigartigkeit bestimmter Mechanismen der schweizerischen Aussenpolitik kaprizieren. Zahlreiche Arbeiten beschäftigen sich alleine mit der Frage, welche Gefahren den innerschweizerischen durch ausserpolitische Entscheidungsmechanismen drohen könnten. Im Vordergrund stehen die Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zur EU. So kam eine juristische Studie, gestützt auf eine inhaltliche Auswertung vergangener Volksabstimmungen, zum Ergebnis, dass der Anwendungsbereich der direktdemokratischen Instrumente durch einen EU-Beitritt theoretisch zwar eingeschränkt würde, in der Praxis jedoch keine allzu grossen Veränderungen zu erwarten wären (Epiney et al. 1998).<sup>12</sup> Ein kürzlich erscheinener Sammelband gibt einen umfassenden Überblick über die institutionellen und politischen Auswirkungen eines EU-Beitritts in unterschiedlichsten Politikfeldern (Cottier/Koppe 1998). Solche Fragen sind zwar von eminenter Bedeutung für die politische Diskussion der Aussen- und insbesondere der Europapolitik in der Schweiz. Der Nutzen des »Sonderfalls Schweiz« für die Aussenpolitikforschung misst sich jedoch in erster Linie daran, ob die Ergebnisse seiner Untersuchungen es gestatten, verallgemeinerungsfähige Schlussfolgerungen zu ziehen. Vermehrte vergleichende Studien, auch wenn sie »imperfekt« sind, wären diesem Zweck zweifellos dienlich.

12 Nicht berücksichtigt wird vom Ansatz jedoch die unabänderliche Tatsache, dass die letztinstanzliche Entscheidungskompetenz der Bevölkerung, wie sie durch die direkte Demokratie nun einmal gegeben ist, durch einen Beitritt zur EU in allen Bereichen des *acquis communautaire* eingeschränkt würde.

#### 4. Sonderfall als Hindernis oder als Chance für die Aussenpolitikanalyse?

Die Schweiz bietet ein paradigmatisches Beispiel dafür, dass die Aussenpolitik eines Staates ohne das Verständnis der innenpolitischen Mechanismen nicht sinnvoll erforscht werden kann. Obwohl sie ein noch relativ junges Forschungsfeld ist, kann die schweizerische Aussenpolitikanalyse zur Untersuchung aussenpolitischer Entscheidungsprozesse und nationaler Rollenkonzepte wichtige Ergebnisse und Anregungen vorweisen. Mängel und Forschungslücken wurden bereits aufgezeigt. Abschliessend geht es darum, vor allem mit Blick auf die eingangs gestellten Fragen einige Schlüsse für die Aussenpolitikanalyse allgemein zu ziehen:

*Erstens* zeigt die schweizerische Aussenpolitikanalyse, dass in Zeiten internationalen Wandels die innenpolitische Legitimation der Aussenpolitik unter Einbezug der Bevölkerung eine besondere Herausforderung an die politische Führung eines Staates stellt. Auch wenn sich diese Frage in ihrer Brisanz und mit konkreten Folgen zur Zeit vor allem in der Schweiz stellt, ist sie für andere Staaten alles andere als irrelevant. Davon zeugt die Diskussion zu den Herausforderungen und Möglichkeiten, Aussenpolitik im Zeitalter der Globalisierung demokratisch abzustützen (Held 1995). Zentral ist die Frage, mit welchen Mechanismen der zunehmende Verlust demokratischer Kontrolle über intergouvernemental gefällte Entscheidungen, die innenpolitische Implikationen haben, kompensiert werden könnte. Die weitere Erforschung der Bestrebungen, in der Schweiz internationale Verpflichtungen und Verhandlungen demokratisch »rückzukoppeln« – dies vor allem mit Blick auf einen möglichen EU-Beitritt –, ist daher für die Aussenpolitikanalyse allgemein von Interesse. Allerdings darf diese Problematik auch nicht einseitig dramatisiert werden. Ein anerkannter Schweizer Staatsrechtler bemerkte kürzlich, dass Volksrechte aussenpolitische Ziele zweifellos fördern könnten. Sie seien aber auch in der Lage, durch Schwächung der eigenen Handlungsfähigkeit und Verhandlungsposition gegenteilige Effekte auszulösen:

»Demokratie besteht nicht nur in der Partizipation möglichst Vieler, sondern auch aus richtigen, rechtzeitigen und umsetzbaren Entscheidungen zum Wohle aller. Probleme sollen nicht nur breit diskutiert, sondern auch gelöst werden können« (Rhinow 1997: 101).

Auch dafür liefert die Schweiz genügend Anschauungs- bzw. Untersuchungsmaterial.

*Zweitens* zeigt die Aussenpolitikanalyse der Schweiz, dass nationale Rollenkonzepte über Jahre hinweg ihren Platz als Bestandteil der nationalen Identität behalten können, auch wenn sie den Erwartungen der internationalen Umwelt nicht mehr entsprechen. Neutralität und Bilateralismus stehen international nicht mehr hoch im Kurs, ganz im Gegenteil: Die Nichtbewaffnung von Schweizer Soldaten für friedensfördernde Einsätze, die sich über Jahre hinziehenden zähen bilateralen Verhandlungen mit der EU, die auf die Ablehnung des EWR folgten, und die Abwesenheit der Schweiz von zahlreichen internationalen Foren, insbesondere der UNO, stossen in der internationalen Umwelt nur sehr begrenzt auf Verständnis. Auch in der Schweiz treten grosse Teile der politischen Eliten für grundlegende Veränderungen ein. Allerdings haben die Ergebnisse aussen- und sicherheitspolitischer Ab-



stimmungen der vergangenen zehn Jahre, die politische Öffnungsschritte beinhalten, die Spitzen der grössten Parteien, die Mehrheit des Parlaments und die Regierung wiederholt im Regen stehen lassen.

Daraus folgt *drittens*, dass nationale Rollenkonzepte nur in politisch konstanten Phasen der Aussage von Hudson und Vore (1995: 226) entsprechen, derzufolge sie sich als konzeptionelle Brücke zwischen der allgemeinen Einstellung der breiten Bevölkerung und denjenigen der Eliten und Entscheidungsträger eignen. In Phasen des internationalen Umbruchs kommt es zu Divergenzen, und zwar nicht nur innerhalb der Eliten eines Landes, sondern auch zwischen diesen und der breiten Bevölkerung. Eine Untersuchung des Wandels nationaler Rollenkonzepte setzt somit deren gruppenspezifische Definition voraus. Dieser Sachverhalt lässt sich in der Schweiz infolge der Volksabstimmungen besonders gut beobachten. Er dürfte jedoch plausiblerweise auch in anderen demokratischen Staaten mit weniger direkten Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu finden sein, wenn auch mit weniger Konsequenzen auf die Politikführung.

*Viertens* folgt daraus ebenfalls, dass Vorsicht im Umgang mit der Aussage geboten ist, Rollenkonzepte eigneten sich, grundsätzliche divergierende aussenpolitische Verhaltensweisen von Staaten zu erklären, die vergleichbare Reaktionsmuster erwarten lassen würden (Breuning 1995). In Phasen aussenpolitischen Wandels muss diese Aussage insofern nuanciert werden, als Rollenkonzepte gruppen- oder akteurspezifisch zu definieren sind. Auch müsste als erklärende Variable unbedingt die Ausgestaltung aussenpolitischer Entscheidungsprozesse bzw. deren Wirkung auf die Modifikation nationaler Rollenkonzepte miteinbezogen werden. Damit könnte auch der Frage nachgegangen werden, in welchem Verhältnis die Erklärungskraft des Inhaltes von Rollenkonzepten zu demjenigen aussenpolitischer Entscheidungsprozesse steht. Dies scheint vor allem mit Blick auf nationale Rollenkonzepte interessant, die sich nur unwesentlich, beispielsweise in ihrer historischen Dimension, voneinander unterscheiden. Die Untersuchung der Frage, wieso die europäischen neutralen Staaten doch recht unterschiedlich auf das Ende des Kalten Krieges in Europa reagiert haben, wäre ein gutes Beispiel. Die aussenpolitischen Richtungsentscheidungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Schweiz auch im Vergleich zu anderen Kleinstaaten die Autonomiewahrung viel stärker gewichtet als die Einflussnahme in internationalen Gremien. Inwiefern der Inhalt ihrer nationalen Rollenkonzepte oder die aussenpolitischen Entscheidungsprozesse dafür die Hauptverantwortung tragen, ist vorderhand jedoch nicht auszumachen.

*Fünftens* folgt aus der schweizerischen Aussenpolitikanalyse, dass unter dem Wandel von Rollenkonzepten nicht nur eine radikale Abkehr zu verstehen ist. Interessant sind Bestrebungen, bestehende Konzepte neu zu interpretieren und der gewandelten internationalen Umwelt anzupassen. Es geht um die Frage, inwiefern Entscheidungsträger und Akteure der Zivilgesellschaft versuchen, veränderte strukturelle Bedingungen in bestehende Rollenkonzepte einfließen zu lassen. Dabei geht es unter anderem darum, traditionelle Dienstleistungen neutraler Kleinstaaten im multilateralen Rahmen neu zu positionieren, sei dies nun in bezug auf die EU, die NATO-Partnerschaft für den Frieden oder die OSZE (vgl. Goetschel 1997, 1999).

Auch hier scheint es plausibel, die Vermutung aufzustellen, dass es vor allem die innenpolitische Rückkoppelung der Aussenpolitik ist, die in der Schweiz für diese inkrementale Politikführung verantwortlich ist. Anders formuliert wäre zu überprüfen, ob der Wandel nationaler Rollenkonzepte sich um so langsamer gestaltet, je dezentralisierter aussenpolitische Entscheidungsprozesse ausgestaltet sind.

Die Anfangs zitierte Frage, ob eine aktive Aussenpolitik mit direktdemokratischen Entscheidungsstrukturen überhaupt zu vereinbaren sei, wird für die Schweiz auf absehbare Zeit eine rein rhetorische bleiben. Eine Änderung der aussenpolitischen Entscheidungsprozesse steht nicht ernsthaft zur Diskussion. Die Schweiz wird somit ein interessantes Feld für die Aussenpolitikanalyse bleiben. Die starke historische Verankerung ihrer nationalen Rollenkonzepte, verbunden mit der extrem dezentralisierten Form aussenpolitischer Entscheidungsprozesse, macht sie zu einer besonderen Knacknuss für aussenpolitischen Wandel. Die Aussenpolitikanalyse der Schweiz ist in dieser Hinsicht aber kein Sonderfall. Sie weist lediglich auf Problemfelder hin, die sich in ihrem Fall noch dringlicher stellen als in anderen Ländern.

Literatur

- Aligisakis, Maximos/de Bellet, Marc* 1998: Les acteurs non étatiques et la politique européenne de la Suisse, in: *Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft* 4: 3, 33-52.
- Allison, Graham T.* 1971: *Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis*, Boston, Mass.
- Almond, Gabriel* 1950: *The American People and Foreign Policy*, New York.
- Baechler, Günther* (Hrsg.) 1994: *Beitreten oder Trittbrettfahren? Die Zukunft der Neutralität in Europa*, Chur.
- Baechler, Günther* 1998: *Zivile Konfliktbearbeitung in Afrika. Grundelemente für die Friedensförderungspolitik der Schweiz (SFS Working Paper 27)*, Bern.
- Baehr, Peter R.* 1974: *Small States. A Tool for Analysis?*, in: *World Politics* 27: 1, 456-466.
- Bindschedler, Rudolf* 1957: *Die Neutralität im modernen Völkerrecht*, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 17, 1-37.
- Bissel, Richard E./Gasteyger, Curt* (Hrsg.) 1990: *The Missing Link. West European Neutrals and Regional Security*, London.
- Boulding, Kenneth* 1956: *The Image*, Ann Arbor, Mich.
- Breuning, Marijke* 1995: *Culture, History, and Role: How the Past Shapes Foreign Policy Now*. Paper presented at the 36<sup>th</sup> annual conference of the International Studies Association, Chicago, Ill., February 26-28 1995.
- Brunetti, Aymo/Jaggi, Markus/Weder, Rolf* 1998: *Umverteilungswirkungen einer wirtschaftlichen Öffnung und Abstimmungsverhalten: Eine Analyse am Beispiel des Schweizer EWR-Entscheidens*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 134: 1, 63-91.
- Brunetti, Aymo/Jaggi, Markus/Weder, Rolf* 1999: *Öffnung der Schweiz: Verteilungswirkungen, Kompensation und mögliche Strategien (NFP 42 Synthesis 7)*, Bern.
- Bundesrat* 1998: *Entwurf des Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes*, in: *Programmleitung* (Hrsg.): *Die Beteiligung der Kantone an der Aussenpolitik (NFP 42 Working Paper 3)*, Bern, 35-36.
- Bussmann, Walter* 1952: *Treitschke: Sein Welt- und Geschichtsbild*, Göttingen.
- Cappis, Oscar Bernhard* 1923: *Die Idee des Kleinstaates im Deutschland des 19. Jahrhunderts*, Basel.
- Checkel, Jeffrey T.* 1998: *The Constructivist Turn in International Relations Theory*, in: *World Politics* 50: 2, 324-348.
- Christmas-Möller, Wilhelm* 1983: *Some Thoughts on the Scientific Applicability of the Small State Concept. A Research History and Discussion*, in: *Höll* 1983, 35-53.
- Cottier, Thomas/Kopse, Alwin R.* (Hrsg.) 1998: *Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union: Brennpunkte und Auswirkungen*, Zürich.
- Cox, Robert W./Jacobson, Harold K.* 1974: *The Anatomy of Influence*, London.
- Decurtins, Gion-Andri* 1992: *Die rechtliche Stellung der Behörde im Abstimmungskampf: Information und Beeinflussung der Stimmbürger in einer gewandelten halbdirekten Demokratie*, Freiburg.
- Dupont, Cédric* 1992: *Succès avec la SDN, échec avec l'EEE? Résistances internes et négociation internationale*, in: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 32, 249-272.
- Dupont, Cédric/Sciarini, Pascal/Lutterbeck, Derek* 1999: *Catching the EC Train: Austria and Switserland in Comparative Perspective*, in: *European Journal of International Relations* 5: 2, 189-224.

- Epiney, Astrid/Siegwart, Karine/Cottier, Michael/Refail, Nora* 1998: Schweizerische Demokratie und Europäische Union: Zur demokratischen Legitimation in der EU und den Implikationen eines EU-Beitritts der Schweiz für die schweizerische Demokratie, Bern.
- Foyle, Douglas C.* 1997: Public Opinion and Foreign Policy: Elite Beliefs as a Mediating Variable, in: *International Studies Quarterly* 41: 1, 141-169.
- Frei, Daniel* 1968: Neutralität – Ideal oder Kalkül? Zweihundert Jahre aussenpolitisches Denken in der Schweiz, Frauenfeld.
- Frei, Daniel* 1969: Dimensionen neutraler Politik: Ein Beitrag zur Theorie der Internationalen Beziehungen (Etudes et Travaux de l'Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales 8), Genf.
- Freiburghaus, Dieter* (Hrsg.) 1994: Die Kantone und Europa, Bern.
- Freymond, Jean F./Boyer, Brook* 1998: Les Organisations non gouvernementales et la politique extérieure de la Suisse (NFP 42 Synthesis 4), Bern.
- Gabriel, Jürg M.* 1997: Sackgasse Neutralität, Zürich.
- Gaupp, Peter* 1983: Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Aussenpolitik und internationalen Beziehungen, Frauenfeld.
- Goetschel, Laurent* 1994: Zwischen Effizienz und Akzeptanz. Die Information der Schweizer Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag vom 6. Dezember 1992, Bern.
- Goetschel, Laurent* (Hrsg.) 1997: Vom Statisten zum Hauptdarsteller: Die Schweiz und ihre OSZE-Präsidentschaft, Bern.
- Goetschel, Laurent* (Hrsg.) 1998a: Small States Inside and Outside the European Union: Interests and Policies, Boston, Mass.
- Goetschel, Laurent* 1998b: The Foreign and Security Policy Interests of Small States in Today's Europe, in: *Goetschel* 1998a, 13-31.
- Goetschel, Laurent* 1999: Neutrality, a Really Dead Concept?, in: *Cooperation and Conflict* 34: 2, 115-139.
- Goetschel, Laurent/Zbinden, Martin* 1998: Unabhängigkeit auf Bewährung: Die Aussenpolitik des schweizerischen Bundesstaates, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 30: 4, 385-411.
- Haltiner, Karl W./Bertossa, Luca/Spillmann, Kurt R.* 1997: Sicherheit '97 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 42), Zürich.
- Hanf, Kenneth/Soetendorp, Ben* (Hrsg.) 1998: Adapting to European Integration: Small States and the European Union, London.
- Held, David* 1995: Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Stanford, Cal.
- Hirschi, Christian/Serdült, Uwe/Widmer, Thomas* 1999: Schweizerische Aussenpolitik im Wandel: Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung, in: *Swiss Political Science Review* 5: 1, 31-56.
- Höll, Otmar* (Hrsg.) 1983: Small States in Europe and Dependence, Wien.
- Hollis, Martin/Smith, Steve* 1990: Explaining and Understanding International Relations, Oxford.
- Holsti, Kal J.* 1970: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 14: 3, 233-309.
- Hudson, Valerie M./Vore, Christopher S.* 1995: Foreign Policy Analysis Yesterday, Today and Tomorrow, in: *Mershon International Studies Review* 39: 2, 209-238.

- Hug, Peter/Kloter, Martin 1999: Der »Bilateralismus« in seinem multilateralen Kontext. Die Aussenpolitik der Schweiz zur Sicherung ihres Aussenhandels und Zahlungsverkehrs 1920/30-1958/60, in: Dies. (Hrsg.): Aufstieg und Niedergang des Bilateralismus. Schweizerische Aussen- und Aussenwirtschaftspolitik 1930-1960: Rahmenbedingungen, Entscheidungsstrukturen, Fallstudien, Zürich, 13-139.
- Hurwitz, Jon/Peffley, Mark 1987: How are Foreign Policy Attitudes Structured? A Hierarchical Model, in: American Political Science Review 81: 4, 1099-1120.
- Inbar, Efraim/Scheffer, Gabriel 1997: The National Security of Small States in a Changing World, London.
- Jönsson, Christer 1984: Superpower, London.
- Kappel, Rolf/Landmann, Oliver 1997: Die Schweiz im globalen Wandel: Aussenwirtschaftliche und entwicklungspolitische Herausforderungen, Zürich.
- Katzenstein, Peter J. 1984: Corporatism and Change: Austria, Switzerland, and the Politics of Industry, Ithaca, N.Y.
- Katzenstein, Peter J. 1985: Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe, Ithaca, N.Y.
- Keel, Guido A. 1980: Le grand patronat suisse face à l'intégration européenne, Bern.
- Keohane, Robert O. 1969: Lilliputians' Dilemma. Small States in International Politics, in: International Organization 23: 2, 291-310.
- Keohane, Robert O./Nye, Joseph S. 1989: Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston, Mass.
- Kirste, Knut/Maull, Hanns W. 1996: Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 2, 283-312.
- Klöti, Ulrich/Knoepfel, Peter/Kriesi, Hanspeter/Linder, Wolf/Papadopoulos, Yannis 1999: Handbuch der Schweizer Politik/Manuel de la politique suisse, Zürich.
- Krasner, Stephen D. 1995: Compromising Westphalia, in: International Security 20: 3, 115-151.
- Kriesi, Hanspeter/Sciarini, Pascal/Marquis, Lionel 1999: Démocratie directe et politique extérieure: le rôle des campagnes référendaires, in: Programmleitung (Hrsg.): Entscheidungsprozesse (NFP 42 Working Paper 12), Bern, 32-44.
- Kux, Stephan (Hrsg.) 1994: Zukunft Neutralität? Die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik im Umbruch, Bern.
- Larson, Debora W. 1994: The Role of Belief Systems and Schemas in Foreign Policy Decision Making, in: Political Psychology 15: 1, 17-33.
- Leimgruber, Walter/Christen, Gabriela 1992: Sonderfall? Die Schweiz zwischen Réduit und Europa, Zürich.
- Linder, Wolf 1996: Schweizerische Politikwissenschaft: Entwicklungen der Disziplin und ihrer Literatur, in: Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft 2: 4, 71-98.
- Linsi, Christian 1994: Gegenmassnahmen in der Form des Embargos zur Durchsetzung elementarer Völkerrechtsverpflichtungen in der schweizerischen Aussenpolitik, Basel.
- Luif, Paul 1995: On the road to Brussels: The political dimension of Austria's, Finland's and Sweden's accession to the European Union, Wien.
- Maibach, Markus/Vatter, Adrian/Sager, Fritz/Peter, Daniel 1999: Schweizerische Verkehrspolitik im Spannungsfeld der Aussenpolitik: eine Policy-Netzwerkanalyse am Fallbeispiel der 28-Tonnen-Limite (NFP 42 Synthesis 13), Bern.
- Marquis, Lionel 1997: Politique extérieure et démocratie directe: Effets du consensus et du conflit sur la formation des attitudes en matière de politique extérieure (Etudes et recherches 35, Département de science politique, Université de Genève), Genf.

- Marquis, Lionel/Schneider, Gerald* 1996: Wer kommt als Vermittler zum Zuge? Überschätzte und unterschätzte Anforderungsfaktoren für Mediationstätigkeiten, in: Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft 2: 3, 69-82.
- Moravcsik, Andrew* 1997: Warum die Europäische Union die Exekutive stärkt: Innenpolitik und internationale Kooperation, in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Projekt Europa im Übergang? Probleme, Modelle und Strategien des Regierens in der Europäischen Union, Baden-Baden, 211-269.
- Nyffeler, Bettina* 1999: Schweizerische Aussenpolitik & Journalismus: Eine Befragung politischer Journalist/innen tagesaktueller Schweizer Medien (NFP 42 Working Paper 10), Bern.
- Peters, Bernhard* 1998: Identity Questions (InIIS-Arbeitspapier 10), Bremen.
- Pfirter, Dieter* 1988: Verhältnis Schweiz - UNO: Wie weiter nach dem 16. März 1986?, in: Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft 28, 73-90.
- Probst, Raymond R.* 1989: »Good Offices« in the Light of Swiss International Practice and Experience, Dordrecht.
- Putnam, Robert* 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: International Organization 42: 3, 427-460.
- Rhinow, René* 1997: Volksrechte und Aussenpolitik in der Schweiz, in: Epiney, Astrid/Siegwart, Karine (Hrsg.): Direkte Demokratie und Europäische Union, Freiburg, 93-101.
- Riker, William H.* 1993: Rhetorical Interaction in the Ratification Campaigns, in: Riker, William H. (Hrsg.): Agenda Formation, Ann Arbor, Mich., 81-123.
- Riklin, Alois/Haug, Hans/Probst, Raymond* (Hrsg.) 1992: Neues Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik/Nouveau Manuel de la politique extérieure suisse, Bern.
- Rosati, Jerel A.* 1995: A Cognitive Approach to the Study of Foreign Policy, in: Neack, Laura/Hey, Jeanne A./Haney, Patrick J. (Hrsg.): Foreign Policy Analysis: Continuity and Change in its Second Generation, Englewood Cliffs, N.J., 49-70.
- Rothstein, Robert L.* 1968: Alliances and Small Powers, New York.
- Ruloff, Dieter/Bernauer, Thomas/Bruno, Stefano/Moser, Peter/Schnur, Aviva* 1999: Globaler Wandel und schweizerische Aussenpolitik: Informationsbeschaffung und Entscheidungsfindung. Abschlussbericht zum Projekt NF 4042-4322, Zentrum für internationale Studien der ETHZ und der Universität Zürich.
- Sampson, Martin W. III/Walker, Stephen G.* 1987: Cultural Norms and National Roles: A Comparison of Japan and France, in: Walker, Stephen G. (Hrsg.): Role Theory and Foreign Policy Analysis, Durham, N.C., 105-122.
- Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia* 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 1, 139-169.
- Schaub, Adrian R.* 1995: Neutralität und Kollektive Sicherheit. Gegenüberstellung zweier unvereinbarer Verhaltenskonzepte in bewaffneten Konflikten und These zu einem zeit- und völkerrechtsgemässen *modus vivendi*, Basel.
- Schelling, Thomas C.* 1980: The Strategy of Conflict, Cambridge, Mass.
- Schindler, Dietrich* 1975: Dauernde Neutralität, in: Riklin, Alois/Haug, Hans/Binswanger, Christoph (Hrsg.): Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern, 159-180.
- Schneider, Gerald* 1997: Die bürokratische Politik der Außenpolitikanalyse: Das Erbe Allisons im Licht der gegenwärtigen Forschungspraxis, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4: 1, 107-123.
- Schneider, Gerald/Hess, Cyrill* 1995: Die innenpolitische Manipulation der Aussenpolitik: Die Logik von Ratifikationsdebatten in der direkten Demokratie, in: Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft 1: 2-3, 93-111.

- Schneider, Gerald/Weitsman, Patricia A.* 1996: The Punishment Trap: Integration Referendums as Popularity Contests, in: *Comparative Political Studies* 28: 4, 582-607.
- Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* 1995: Ausführungsplan zum Nationalen Forschungsprogramm »Grundlagen und Möglichkeiten der schweizerischen Aussenpolitik«, Bern.
- Schwendimann, Thomas* 1993: Herausforderung Europa: Integrationspolitische Debatten in Österreich und in der Schweiz 1985-1989, Bern.
- Sciarini, Pascal* 1994: La Suisse face à la Communauté européenne et au GATT. Le cas test de la politique agricole, Genève.
- Sciarini, Pascal* 1995: Réseau politique interne et négociations internationales: le GATT, levier de la réforme agricole suisse, in: *Schweizerische Zeitschrift für politische Wissenschaft* 1: 2-3, 225-252.
- Sciarini, Pascal/Listhaug, Ola* 1997: Single Cases or a Unique Pair? The Swiss and Norwegian No to Europe, in: *Journal of Common Market Studies* 35: 3, 407-438.
- Shapiro, Robert Y./Page, Benjamin I.* 1988: Foreign Policy and the Rational Public, in: *Journal of Conflict Resolution* 32: 2, 211-247.
- Shepard, Linda* 1995: Die Kontroverse innerhalb der Entwicklungsorganisationen im Zusammenhang mit dem Beitritt der Schweiz zu den Bretton Woods-Institutionen, Bern.
- Sieber, Eduard* 1920: Die Idee des Kleinstaates bei den Denkern des 18. Jahrhunderts in Frankreich und Deutschland, Basel.
- Sieber, Margret* 1981: Die Abhängigkeit der Schweiz von ihrer internationalen Umwelt. Konzepte und Indikatoren, Frauenfeld.
- Snyder, Richard C./Bruck, H.W./Sapin, Burton* (Hrsg.) 1963: *Foreign Policy Decision-Making: An Approach to the Study of International Politics*, New York.
- Spühler, Willy* 1977: Vorwort, in: *Deutsch, Karl W./Schmidtchen, Gerhard: Aussenpolitik und Öffentlichkeit in der direkten Demokratie*, Bern, 5-6.
- Sturny, Thimo* 1998: Mitwirkungsrechte der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes, Freiburg.
- Vatter, Adrian* 1994: Der EWR-Entscheid: Kulturelle Identität, rationales Kalkül oder struktureller Kontext?, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 20: 1, 15-42.
- Vogel, Hans* 1979: Der Kleinstaat in der Weltpolitik, Aspekte der schweizerischen Aussenbeziehungen im internationalen Vergleich, Frauenfeld.
- Widmer, Thomas/Serdült, Uwe* 1999: Schweizerische Aussenpolitik: Akteure und Prozesse. Formulierung der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik im Vergleich, in: *Programmleitung* (Hrsg.): *Entscheidungsprozesse* (NFP 42 Working Paper 12), Bern, 21-31.
- Zaller, John R.* 1992: *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge, Mass.
- Zbinden, Martin* 1999: *Der Assoziationsversuch der Schweiz mit der EWG 1961-1963. Mémoire de thèse*, Genf.